alle Resolutionen." Nichts aber hat wohl mehr zur Erschütterung des gegenseitigen Vertrauens beigetragen, als die mit mehr Eifer als Geschick betriebene Aufspürung von Prinzipienverrätereien, oder was man dafür hielt. Diese Sucht, überall gleich eine Aufgabe der sozialistischen Grundsätze zu wittern, die fast krankhafte Sucht, sich dann nicht etwa mit einer ernsten Rüge zu begnügen, sondern gleich in einem Tone über die vom Pfade der Parteidisziplin vermeintlich abgeirrten Genossen herzufallen, den man sonst kaum dem Gegner gegenüber anzuschlagen beliebt, ist eine der Hauptursachen gewesen, daß der innere Parteigeist schließlich solche Formen angenommen hat, daß die Verständigung in Nürnberg so ungemein erschwert worden ist. Jeder glaubte sich etwas zu vergeben, wenn er nur den kleinsten Schritt zurückweichen sollte.

Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß die Süddeutschen bei weitem nicht mit der Halsstarrigkeit ihre Position verfochten, sich viel eher geneigt gezeigt hätten, einer gemeinsamen Resolution zuzustimmen, wenn man nicht schon in den Wochen vor dem Parteitage künstlich und gewaltsam die Kluft erweitert hätte. Wir wollen damit durchaus nicht sagen, daß etwa die Süddeutschen völlig engelsrein dastehen; aber unbestreitbar ist, daß die Verbissenheit, mit der sie später an ihrem Standpunkt unverrückt festgehalten haben, dadurch hervorgerufen und gesteigert worden ist, daß man gleich von Anfang an die ganze Streitfrage auf eine falsche Bahn lenkte."

Die Brandenburger Zeitung:

„Die Partei kann zufrieden sein. Innerlich gefestigt steht sie da, und die Hoffnungen unserer Gegner auf eine Spaltung der Sozialdemokratie sind zuschanden geworden. Die Mahnung Singers in seinem Schlußwort, etwa noch bestehende Meinungsverschiedenheiten nunmehr in sachlichem und versöhnlichem Geiste auszutragen, verdient vollauf beherzigt zu werden, nachdem hüben und drüben gesündigt wurde.

Die ausdrückliche Bestätigung der Lübecker Resolution wird sicherlich dazu beitragen, in Zukunft unseren süddeutschen Genossen bei aller Berücksichtigung landespolitischer Faktoren das Gewissen zu schärfen. „Praktische Erfolgspolitik" zu treiben ist gewiß eine ganz schöne Sache, aber in erster Reihe muß uns der zielbewußte Klassenkampf stehen, dessen Richtungslinien auch durch ein gewisses Entgegenkommen der Regierung keinesfalls verwischt werden dürfen.

Gewiß hätte die Annahme der vermittelnden Resolution Frohme einen noch versöhnlicheren Ausklang herbeigeführt; stimmten doch fast sämtliche Gewerkschaftsbeamten und sogar auch der größte Teil der anwesenden Reichstagsfraktion gegen die nur mit Zweidrittelmehrheit angenommene schärfere Resolution des Parteivorstandes. Aber Verletzendes hat auch sie keineswegs an sich und sie macht es mit ihrer größeren, grundsätzlich ausgesprochenen Klarheit niemand unmöglich, sich zu prinzipieller und taktischer Einheitlichkeit mit der Parteimehrheit wieder zusammenzufinden."

Stettiner Volksbote:

„Mit mehr als Zweidrittelmajorität hat der Parteitag den süddeutschen Abgeordneten und denen im Norden, die mit ihnen sympathisieren, durch Annahme der nunmehr wohl unmißverständlichen Resolution gezeigt, daß er keine Löcher ins Prinzip stoßen läßt, durch die dann das schmutzige Wasser aller möglichen Konzessionen eindringen kann. Wohl haben die Zurechtgesetzten mit einer Erklärung geantwortet, die man als Kriegserklärung auffassen kann — wenn man will. Aber wir wollen das nicht. Mit derselben stoischen Ruhe, mit der der Parteitag die Erklärung anhörte und mit der der Präsident Singer sie ins Protokoll verwies, lassen auch wir sie an uns vorübergehen. Es war eine Rückzugskanonade und die Genossen überm Main werden kaum daran denken, den Kampf wieder aufzunehmen. Nach zwei Jahren werden sie „aus eigener Entschließung" dazu kommen, dem Klassenstaat, der auch im Süden sich immer mehr entschleiert, das Budget zu verweigern."

Die Arbeitergeitung in Dortmund:

„Diese Erklärung und das in der Debatte von revisionistischer Seite immer von neuem wiederholte „Unannehmbar" bedeuten einen Schlag ins Gesicht des Parteitags, einen Schlag ins Gesicht jeder demokratischen Grundanschauung. Ist das noch sozialdemokratisch, wenn da erklärt wird: ihr mögt beschließen, was ihr wollt — wir fügen uns nicht? Ist nicht die Einheit und Geschlossenheit, ist nicht die ganze Schlagkraft der Partei aufs schwerste in Frage gestellt, wenn gesagt wird: der Parteitag ist für uns in Landesangelegenheiten künftig nicht mehr die höchste Instanz und in der Budgetfrage werden wir auch künftig selbständig entscheiden — unbekümmert um die Beschlüsse der obersten Vertretung der Gesamtpartei? Das bedeutet ein Auseinanderfallen der deutschen Sozialdemokratie in eine badische, bayrische, preußische und sächsische Landesorganisation ohne jede einheitliche Richtschnur! Das bedeutet den Partikularismus in schlimmster Form! Mit dieser Erklärung stellen sich die Landesparlamentarier über den Parteitag! Was wir vorausgesagt haben, ist Wort für Wort eingetroffen: indem der Revisionismus den Klassenkampfcharakter der Partei abschwächt, indem er das Endziel, die Sozialisierung der Gesellschaft, in nebelhafte Ferne rückt, untergräbt er auch die Grundlagen der Disziplin und Organisation der Partei! Der Revisionismus ist eben kein aufbauender Faktor, allen seinen Redereien von „positiver Arbeit" zum Trotz, sondern ausschließlich ein Element der Zersetzung. . . .

Angesichts einer solchen Situation durfte es für den Parteitag kein Ausweichen, kein Herumgehen um den heißen Brei geben: er mußte durch Annahme der Vorstandsresolution aussprechen, was ist — und dafür, daß er dies unumwunden getan hat, wissen wir ihm von ganzem Herzen Dank! Wäre es nicht auf diesem Parteitage „zum Klappen" gekommen, so ganz gewiß auf dem nächsten! Der Konflikt wäre nicht aufgehoben gewesen, sondern nur aufgeschoben! . . ."

Die Tribüne in Erfurt:

„Die Sozialdemokratie kann stolz sein auf ihre Parteitage; das ist zur Tradition geworden. Es gilt auch für Nürnberg, obwohl einige Entgleisungen und vereinzelte persönliche Kampfesweise ebendort nicht fehlten. Das sind stete Begleiterscheinungen großer sachlicher Kämpfe, an die sich vielleicht alte Jungfern stoßen und mit denen der Reichsfeindverband seine Giftblasen füllt — aber sie sind nicht das Wesentliche. . . .

Der Nürnberger Parteitag hat durch die Kämpfe um die Budgetbewilligung und vor allem durch seine klare und einzig mögliche Entscheidung eine mehr als gewöhnliche Bedeutung erlangt. Jene naiven Genossen, die in der Budgetfrage eine „Bagatelle", einen „aufgebauschten Parteikrakeel" sahen, wurden gerade von den Süddeutschen eines anderen belehrt, die sofort mit der größten Vehemenz durch ihre berufenen Redner erklärten: Unannehmbar! wir fügen uns nicht! In Bagatellen pflegt man sich aber stets heiterlächelnd zu fügen. . . .

In prinzipiellen Fragen gibt es kein Entgegenkommen, keine Kompromisse. Hier gilt immer nur ein Entweder — Oder! Der Parteitag hat mit mehr als Zweidrittelmehrheit am klaren Prinzip festgehalten . . . Damit ist von Parlamentelei, durch Entgegenkommen kleine, scheinbare Augenblickserfolge abzuschmeicheln, keine Rede mehr.

Wir erblicken in der süddeutschen Erklärung nichts weiter als ein Rückzugsgefecht und hoffen auf strikteste Disziplin der Parlamentarier. Die Massen würden in dieser Beziehung sicherlich auch in Süddeutschland keinen Zank verstehen."

Die Münchner Post:

„So verurteilte sich die verantwortliche Parteileitung selbst dazu, von einer gebundenen Mehrheit einen formalen Beschluß durchsetzen zu lassen, der für die Minderheit weder ein heiliges Evangelium, noch überhaupt bindend sein kann. Daß es so kommen müsse, war den leitenden Personen nicht nur in der Diskussion von allen Rednern der süddeutschen Mehrheit nachdrücklich erklärt worden, auch in der vertraulichen Besprechung hatte der Ernst der Lage ihnen klar werden müssen. Aber eine unangreifbare Gewaltmehrheit siegte über die Pflicht, das Ganze zu bedenken. Und diese Gewaltmehrheit wich nicht einmal in dem Momente, in dem durch Zurückziehen seiner Resolution und die Empfehlung des Antrags Frohme der Parteivorstand einen für alle Teile befriedigenden Beschluß hätte herbeiführen können.

Besser wie von der Parteileitung war von den Führern der Gewerkschaften, von der Mehrheit der anwesenden Reichstagsabgeordneten die Situation erkannt worden. Sie blieben fest, als der Anneten die Situation erkannt worden. Sie blieben fest, als der Antrag Frohme gegen eine stattliche Minderheit niedergestimmt war, und votierten gegen die formell wie inhaltlich unlogische und sachlich ungerechte Resolution der Parteileitung. . . .

So steht als Ergebnis der Nürnberger Tagung fest, daß die Resolution des Parteivorstandes zwar der formale Ausdruck der Meinung einer Parteitagsmehrheit war, daß sie aber die freie Entschließung der Landtagsfraktionen nicht beeinträchtigen und die Bildung der Landesorganisationen in keiner Weise binden kann.

Mit dieser Tatsache muß sich die Partei abfinden und sie wird es um so eher können, nachdem die Abstimmung gezeigt hat, daß die süddeutsche Auffassung unter den Parteigenossen in allen Teilen des Reiches verstanden und gewürdigt wird.

Diese Selbständigkeit der Landesorganisationen aber schädigt nicht etwa die Einheit der Partei, sie fügt sie vielmehr fester, indem sie an die Stelle einer einseitigen Diktatur einiger zufällig einflußreicher Parteibezirke die demokratische Verantwortlichkeit des Parteigangen setzt."

Die Volksstimme in Mannheim:

„Die Mehrheit des Nürnberger Parteitags hat sich gegen eine Verständigung auf dem Boden der Resolution Frohme und für die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ausgesprochen, trotzdem die süddeutsche Delegation auf Grund ihrer nahezu einstimmig gefaßten Beschlüsse dieselbe mit größter Bestimmtheit als unannehmbar erklärt hatte. Da nicht angenommen werden kann, daß die Mehrheit des Parteitags in den Ernst dieser Erklärung Zweifel setzte, so muß als Tatsache festgestellt werden, daß sie eine Kraftprobe wollte, daß es der Mehrheit der norddeutschen Parteigenossen darauf ankam, die Süddeutschen zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen. . . . Die Süddeutschen waren bereit, die Brücke zur Verständigung, die Frohmes Resolution geschlagen, zu betreten, obwohl die Annahme dieser Resolution eine nicht unbeträchtliche Verschärfung der Lübecker Resolution bedeutet hätte. . . . Indem die Mehrheit die Resolution Frohme ablehnte, stellte sie sich auf den Standpunkt, daß sie keine Verständigung, keinen ehrenvollen Frieden, sondern Unterwerfung wolle. Diese Forderung nach bedingungsloser Unterwerfung konnten die Süddeutschen nicht erfüllen, wollten sie nicht Ehre und politische Reputation aufs Spiel setzen. Sie waren gezwungen, aus dem Vorgehen der Mehrheit die Konsequenzen zu ziehen, und sie haben sie gezogen. . . . Wo in bezug auf die Grundlagen und Ziele volle Uebereinstimmung herrscht, wo die Meinungen nur in bezug auf die Methoden des Kampfes auseinandergehen, muß auch der Minderheit das Recht gewahrt bleiben, nach eigenem Ermessen und eigenem Gewissen zu entscheiden. Eine starre Festlegung taktischer Methoden durch Mehrheitsbeschlüsse dagegen ist nicht nur ein Widersinn, sie ist ein schweres Unrecht gegenüber der Minderheit, die dadurch gehindert wird, für das gemeinsame Ziel mit den Mitteln zu kämpfen, die sie mit ehrlicher Ueberzeugung und mit Glauben an den Erfolg zur Anwendung bringen kann.

Nach den Umständen, unter denen diese Erklärung erfolgte, konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich nicht um ein bloßes „Rückzugsmanöver" oder eine bloß platonische Kundgebung, sondern um eine Kundgebung von höchster praktischer Bedeutung handle. . . . Es war deshalb im höchsten Grade deplaciert, wenn der Vorwärts am Freitag die Drohung aussprach, daß man „die letzten Konsequenzen ziehen" müßte, falls die Süddeutschen sich weigern sollten, den Nürnberger Mehrheitsbeschluß als Richtschnur für ihr taktisches Verhalten anzuerkennen. Es gibt hier nichts zu drohen, nachdem der Nürnberger Parteitag die unzweideutige Erklärung der Süddeutschen selbst widerspruchslos aufgenommen hatte.

Wie die Dinge sich weiter gestalten werden, bleibt abzuwarten. Ob die süddeutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in der nächsten Legislaturperiode für oder gegen das Budget stimmen werden, kann heute nicht vorausgesehen werden. Das wird von den Umständen abhängen, insbesondere von dem Maß der Zugeständnisse, die uns seitens der Regierungen und der bürgerlichen Parteien gemacht werden. Die Frage, ob Zustimmung zum Budget oder Ablehnung desselben, wird wie bisher einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden und die Zustimmung wird auch in Zukunft nur erfolgen, wenn wirklich zwingende Gründe für dieselbe vorliegen. Es wird insbesondere abzuwarten bleiben, ob bei einer eventuellen Annahme des Budgets durch eine süddeutsche Fraktion von seiten der norddeutschen Terroristen wiederum ein Parteikrakeel heraufbeschworen wird, wie es der jetzige gewesen ist und ob dann wirklich „die letzten Konsequenzen" gezogen werden sollen. Wie gesagt, man wird das abwarten müssen und wir in Süddeutschland warten es ruhig ab."

Der Weltgendarm.

Die Zeitungen der alldeutschen Scharfmacher sind voll der Entrüstung über die deutsch-englische Friedensdemonstration der Berliner Arbeiter. Da sich der tiefe Eindruck, den jene große und würdige Veranstaltung im Ausland und Inland erwecken muß, nicht wegwischen läßt, beliebt es ihnen zu schimpfen. So soll die Nachricht des Vorwärts, daß für den Tag der Demonstration das Militär in den Kasernen konsigniert gewesen sei, eine „offenbare Fälschung" sein, und an diesem Rettungsanker wird sich die Tägliche Rundschau wahrscheinlich festklammern, wenn auch die sonst so dementierfrohe Nordd. Allgem. Zeitung ferner in ihrem Schweigen verharren sollte. An den Tatsachen selbst aber kann keine Schimpferei und auch kein Dementi etwas ändern.

Die fremden Gäste der Berliner Arbeiter aber haben bei dieser Gelegenheit bemerken können, daß das System der inneren Politik in Preußen-Deutschland genau das gleiche ist wie jenes vielbeklagte System der deutschen Friedensliebe nach außen. Hier wie dort versichert man, den Frieden, den innern wie den äußern, über alles zu lieben, hier wie dort aber sieht man die einzige Sicherheit des Friedens in der Ueberlegenheit der eigenen brutalen Gewalt. Die preußisch-deutsche Staatsidee ist jetzt wirklich zwar keine Nachtwächteridee, wie Lassalle meinte, aber eine richtige Gendarmenidee geworden. Man fühlt sich berufen, über die Ruhe der Welt zu wachen, schreitet mit schwerbeschlagenen Stiefeln durch alle Straßen der Welt und paradiert vor dem Publikum mit dem wuchtigen Säbel und dem schönen hellgelben Lederriemen, an dem die scharfgeladene Parabellum-Pistole hängt. Den außerpreußischen Völkern ist diese aufdringliche Manier, unter fortwährenden Todesdrohungen den geliebten Frieden zu schützen, längst auf die Nerven gefallen; der deutsche Gendarm spielt in der internationalen Politik längst keine beneidenswerte Rolle mehr. Es ist nur fraglich, wie lange das preußische Volk sich noch nach Methoden behandeln lassen will, deren zur Schau getragene Brutalität kaum gemildert wird durch die Lächerlichkeit, mit der sie unrettbar geschlagen sind.

•

Die Verteidigung von Berlin.

Der Vorwärts kann zu der Polizeiaktion vom Sonntag noch folgendes melden:

Wie wenn ein feindliches Kriegsheer nach dem Innern der Stadt im Anzug wäre, hielt die Polizei die Brücken und Stege, die über den Landwehrkanal führen, besetzt und spähte unablässig mit weit aufgerissenen Augen über das Wasser von einer Brücke zur andern, von der anderen zur nächsten, ob nicht der „Feind", d. h. die Scharen der Friedensdemonstranten, Miene mache, nach der Stadt zu ziehen, um hier die Ruhe und Ordnung, wie die nach preußischen Polizeibegriffen aussehen muß, in Gefahr zu bringen. Darum fuhren auch andere Polizeibeamte auf Rädern hin und her, in schnellstem Tempo, als gelte es, immerfort ungeheure Wichtiges über die Bewegungen eines furchtbaren feindlichen Heeres zu melden, jederzeit bereit zu sein, die in umliegenden Gebäuden versteckten Mannschaften zu kühner Tat herbeizurufen. Die Besorgnis muß ungeheuer groß gewesen sein. Sah man doch noch um 5 Uhr die bewaffneten Männer an den Brücken stehen und unablässig nach dem „Feind" ausschauen, obwohl doch die Massen der Friedensfreunde schon vor vier von dannen gegangen waren.

In der Stadt selbst hatte die Polizei einen eisernen, wenn auch ziemlich unsichtbaren Ring um das königliche Schloß gezogen und Roß und Reisige schützten die steile Höhe, wo Fürsten leben. Schon um die neunte Morgenstunde blitzten auffallend viel Helme im prächtigen Septembersonnenschein, und Polizeiwachtmeister huschten eilfertig und mit überaus wichtiger Miene hin und her. Auch die bekannten Gestalten, mit dem Aussehen pommerscher Rittergutsinspektoren, grünes Hütchen und Joppe, nebst martialischen Schnauzbart, waren zahlreich unter das lustwandelnde Publikum verteilt. Hellblaue Leutnants und Hauptleute mit Feldherrnblick wachten bald hier, bald dort auf.

Fliegende Wachen waren zur Genüge eingerichtet, um die bedrohte Monarchie zu schützen. So weit wir übersehen konnten, befanden sich solche an folgenden Stellen: Im Wartesaal 3. Klasse des Bahnhofes Alexanderplatz; in der hinteren Universität, gegenüber der akademischen Lesehalle, wimmelte es von Helmspitzen; sogar in der Universitäts-Frauenklinik in der Artilleriestraße war eine ununterbrochen Mannschaften hinein. Im Marstall waren solche zu Fuß und zu Pferde untergebracht, und es mußte Lächeln bringen, wenn die Retter des Vaterlandes mit grimmiger Miene neben den ungeduldig stampfenden und scharrenden Rossen standen. Nur einen Blick konnten wir in das Allerheiligste des Schloßhofes werfen, wo eine große Anzahl Geheimpolizisten sich um einen Polizeileutnant scharte, als auch schon die schnarrende Aufforderung erscholl: „Weitergehen! Nicht da hineingucken!" Wir hatten aber schon gesehen, was uns interessierte. In der Nationalgalerie, in der Privatwohnung des Pförtners, sah man rechts und links schnurgerade Reihen von derben Kommißstiefeln, blitzenden Säbelspitzen und Helmen. Ein schlanker Leutnant stand an der Tür und blickte unmutig in die Sonne. Dasselbe Bild im Museum, wo die Statuen des Thrones im Souterrain sich gelangweilt in der Nase bohrten. Wie eine grimmige Ironie wirkte es aber, als im Dom die Glocken mit ehernen Zungen die Frommen und Nichtfrommen zusammenriefen, den allmächtigen, allwissenden und allgütigen Herrn zu loben und zu preisen, ohne dessen Willen kein Spatz vom Dache fällt, und unten im Gotteshause, tief unter dem Schall der menschlichen Rede, sich Schutzmann um Schutzmann sammelte, ohne Zahl. Und während oben der Diener Gottes die Lehre jenes großen Nazareners verkündete, der da sagte: „Liebet, die euch hassen!" harrten unten in Keller Dutzende von Schutzleuten mit Revolvern und scharfgeschliffenen Säbeln des Augenblicks, wo ihnen das Kommando zum Gegenteil gegeben würde.

Aber nichts geschah, was zu solch traurigem Tun auch nur im geringsten Veranlassung geben konnte. Die Polizei hatte unnütz demonstriert.

• • •

London, 21. September. Die englischen Arbeiterparlamentarier berichten mit freudigem Stolze über die Kundgebung, die ihre Friedensbotschaft unter den deutschen Arbeitern gestern gefunden hat: Shackleton, der Präsident des Trades-Union-Kongresses schreibt: „Es war ein Tag, der, glaube ich, bestimmt ist, ein Markstein auf dem Wege des Fortschrittes der englisch-deutschen Freundschaft zu werden. Diejenigen von uns, die an den internationalen Arbeiterkongressen teilgenommen haben, hat wohl schon früher den Führern der deutschen Gewerkschaften begegnet. Heute haben wir zum ersten Male Gelegenheit gehabt, auch über die Gefühle der großen Masse der Arbeiter ein Urteil zu bilden, und es bestätigt vollständig, was wir immer hinsichtlich der Gesinnungen unserer deutschen Arbeiterkameraden vorausgesetzt haben. Natürlich hat das Aufgebot von Polizei und die ihnen nicht verborgen gebliebene Zusammenziehung der Truppen gelegentlich von Friedenskundgebung die Engländer überrascht, aber das Gelächter, mit dem die Polizei bei ihrem Erscheinen auf der Straße empfangen wurde, und die sarkastischen Bemerkungen einzelner deutscher Redner über die Armee und die Polizei sind hoffnungsvolle Zeichen. Wenn ein Volk hinsichtlich gewisser Dinge erst einmal sarkastisch wird, so ist dies ein Beweis dafür, daß es sie nicht mehr ernst nimmt und sie nicht mehr fürchtet."

Deutsches Reich.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin, 21. September. Wie die Kreuzzeitung hört, werden die Bundesratsausschüsse, denen die Gesetzentwürfe zur Reichsfinanzreform in der Sitzung des Bundesrats am Freitag den 18. September überwiesen worden sind, erst am Montag den 28. September in die Beratung eintreten, „um so den Regierungen der Bundesstaaten genügend Zeit zu lassen, zu den Vorlagen Stellung zu nehmen".

Diese Meldung läßt auf die „Qualität" der Sydow-Projekte schließen. Wenn jetzt noch Zeit gelassen werden muß, „Stellung zu nehmen", wo alles auf die Enthüllung der Sydow-Geheimnisse wartet, kann man sich ungefähr denken, wie unsinnig und überstürzt bei der Zusammentragung der einzelnen Steuerprojekte verfahren worden ist.

Couponsteuer.

Die Kölnische Volkszeitung schlägt an Stelle einer Dividendensteuer eine allgemeine Couponsteuer vor, wie solche in vielen anderen Staaten bereits bestehe — eine Couponsteuer nicht nur vom Ertrage der Aktien, sondern auch aller festverzinslichen Werte, der Obligationen, der Pfandbriefe, der Gemeinde-, Provinzen-, Staats- und Reichsanleihen, die in Deutschland zur Auszahlung gelangen. Eine solche Steuer in Höhe von 6 Prozent würde nach dem genannten Zentrumsblatte einen Ertrag von mindestens 120 Millionen Mark ergeben. — Wir halten, bemerkt dazu die Deutsche Tageszeitung, eine Dividendensteuer für noch gerechter als die vorgeschlagene Couponsteuer. Die Reichs-, Staats-, Provinz- und Kommunalpapiere, die zumeist in den Händen kleiner Sparer, kleiner Rentner und nicht sonderlich begüterter Pensionäre sind, und die bekanntlich einen verhältnismäßig sehr geringen Zinsertrag abwerfen, können billigerweise unmöglich so belastet werden, wie die Anteile von Banken und anderen Unternehmungen, die weit höhere Zinserträgnisse abzuwerfen pflegen und in denen große Spekulationsgewinne gemacht werden.

Die liebevolle Fürsorge des Oertelblattes für die „kleinen Rentner" ist außerordentlich rührend. Daß man aber die Schultern der Armen und Aermsten durch ungeheuerliche neue indirekte Steuern maßlos belastet, stört den Gewissensfrieden der Zirkus-Busch-Helden durchaus nicht.

„Ueble Nebenerscheinungen des Blocks."

Der bayrische Kammerpräsident Dr. v. Orterer hat bei der Generalversammlung des Patriotischen Bauernvereins, die gemeinsam

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080922/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG